Dessau
Roßlau

Datenschutzinformation
Gesundheitsamt, Veterinärwesen und Verbraucherschutz
Abteilung Gesundheitswesen – Medizinalaufsicht

Seit dem 25.05.2018 gelten in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union die Regelungen der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO). Mit den folgenden Informationen möchten wir Sie darüber informieren, wie die Medizinalaufsicht des Gesundheitsamtes der Stadt Dessau-Roßlau Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet und welche Rechte Ihnen nach den datenschutzrechtlichen Vorschriften zustehen.

Der Schutz Ihrer personenbezogenen Daten ist der Stadt Dessau-Roßlau ein wichtiges Anliegen. Die Verarbeitung erfolgt ausschließlich im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften und nur in dem Umfang, der zur Wahrnehmung der Aufgaben der Medizinalaufsicht erforderlich ist.

1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung
   Stadt Dessau-Roßlau
   vertreten durch den Oberbürgermeister
   Herrn Dr. Robert Reck
   Zerbster Straße 4, 06844 Dessau-Roßlau

   E-Mail: ob@dessau-rosslau.de
   Telefon: 0340 204-1000

   Die Datenverarbeitung erfolgt innerhalb des

   Gesundheitsamtes, Veterinärwesen und Verbraucherschutz
   Abteilung Gesundheitswesen – Medizinalaufsicht

   E-Mail: gesundheitsamt@dessau-rosslau.de
   Telefon: 0340 204-1053

   Die Medizinalaufsicht ist eine Organisationseinheit des Gesundheitsamtes und nimmt staatliche Aufsichts- und Kontrollaufgaben im Bereich des Gesundheitswesens wahr.

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten
   Datenschutzbeauftragter der Stadt Dessau-Roßlau
   Zerbster Straße 4, 06844 Dessau-Roßlau

   E-Mail: datenschutz@dessau-rosslau.de
   Telefon: 0340 204-1709

   Sie können sich jederzeit an den Datenschutzbeauftragten wenden, wenn Sie Fragen zum Datenschutz oder zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten haben.

3. Zwecke der Verarbeitung
Die Medizinalaufsicht verarbeitet personenbezogene Daten zur Wahrnehmung der ihr gesetzlich übertragenen Aufgaben im Bereich der staatlichen Gesundheitsaufsicht.

Hierzu gehören insbesondere:

- Überwachung der Einhaltung berufsrechtlicher und gesundheitlicher Vorschriften im Gesundheitswesen
- Bearbeitung von Beschwerden oder Hinweisen über medizinische Behandlungen oder Einrichtungen
- Durchführung von Prüf-, Kontroll- und Aufsichtsmaßnahmen
- Durchführung verwaltungsrechtlicher Verfahren
- Zusammenarbeit mit anderen Behörden, Körperschaften und Institutionen im Gesundheitswesen
- Gefahrenabwehr zum Schutz der öffentlichen Gesundheit
- Dokumentation und Nachverfolgung von Verwaltungsvorgängen

Die Verarbeitung erfolgt dabei ausschließlich zu den genannten Zwecken und nur in dem Umfang, der für die jeweilige Aufgabenerfüllung erforderlich ist.

4. Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung
Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt auf Grundlage der Datenschutz-Grundverordnung sowie der einschlägigen fachrechtlichen Vorschriften.

Insbesondere stützt sich die Verarbeitung auf folgende Rechtsgrundlagen:

Verarbeitung allgemeiner personenbezogener Daten
- Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO (Verarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung)
- Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO (Verarbeitung zur Wahrnehmung einer Aufgabe im öffentlichen Interesse oder in Ausübung öffentlicher Gewalt)

Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten
Im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung können auch besondere Kategorien personenbezogener Daten verarbeitet werden, insbesondere Gesundheitsdaten.

Dies erfolgt auf Grundlage von:
- Art. 9 Abs. 2 lit. g DSGVO (Verarbeitung aus Gründen eines erheblichen öffentlichen Interesses)
- Art. 9 Abs. 2 lit. i DSGVO (Verarbeitung aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit)

in Verbindung mit nationalen Rechtsvorschriften.

Maßgebliche Fachgesetze
Die Datenverarbeitung erfolgt insbesondere auf Grundlage folgender gesetzlicher Bestimmungen:

- Gesundheitsdienstgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (GDG LSA)
- Heilberufsrechtliche Vorschriften
- Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung des Landes Sachsen-Anhalt (SOG LSA)

- Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG)
- weitere einschlägige bundes- und landesrechtliche Vorschriften.

Soweit erforderlich, kann eine Verarbeitung personenbezogener Daten auch auf Grundlage einer Einwilligung gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO erfolgen.

5. Kategorien personenbezogener Daten
Im Rahmen der Aufgabenerfüllung kann die Medizinalaufsicht unterschiedliche Kategorien personenbezogener Daten verarbeiten. Hierzu können insbesondere gehören:

Stammdaten
- Name
- Vorname
- Anschrift
- Kontaktdaten (Telefonnummer, E-Mail-Adresse)
- Geburtsdatum

Berufsbezogene Daten
- Berufsbezeichnung
- berufliche Qualifikationen
- Angaben zur beruflichen Tätigkeit
- Praxis- oder Einrichtungssitz

Gesundheitsbezogene Daten
- Angaben zu medizinischen Behandlungen
- medizinische Befunde oder Stellungnahmen
- gesundheitsbezogene Sachverhalte, soweit diese zur Sachverhaltsaufklärung erforderlich sind

Verfahrensdaten
- Angaben aus Beschwerden oder Hinweisen
- Schriftwechsel
- Protokolle
- behördliche Stellungnahmen
- Verwaltungsentscheidungen

Die Verarbeitung erfolgt ausschließlich im erforderlichen Umfang.

6. Kategorien betroffener Personen
Von der Datenverarbeitung können insbesondere folgende Personengruppen betroffen sein:

- Angehörige von Heilberufen
- Beschäftigte im Gesundheitswesen
- Betreiber medizinischer Einrichtungen
- Patientinnen und Patienten
- Beschwerdeführerinnen und Beschwerdeführer
- sonstige Beteiligte an Verwaltungsverfahren
- Zeuginnen und Zeugen.

7. Herkunft der Daten
Personenbezogene Daten können aus unterschiedlichen Quellen stammen.
Die Daten werden insbesondere erhoben:

- direkt bei den betroffenen Personen
- bei beschwerdeführenden Personen
- bei anderen Behörden
- bei berufsständischen Körperschaften
- bei medizinischen Einrichtungen
- aus öffentlich zugänglichen Quellen.

8. Empfänger oder Kategorien von Empfängern
Personenbezogene Daten können im Rahmen gesetzlicher Vorgaben an andere Stellen übermittelt werden, soweit dies zur Aufgabenerfüllung erforderlich ist.

Hierzu können insbesondere gehören:

- andere Behörden und öffentliche Stellen
- Gerichte und Staatsanwaltschaften
- Polizei oder Ermittlungsbehörden
- Ärztekammern oder andere berufsständische Körperschaften
- Gesundheitsbehörden auf Landes- oder Bundesebene
- weitere zuständige Aufsichtsbehörden.

Eine Weitergabe erfolgt nur, wenn eine gesetzliche Grundlage besteht oder dies zur Durchführung eines Verwaltungsverfahrens erforderlich ist.

9. Datenübermittlung in Drittstaaten
Eine Übermittlung personenbezogener Daten in Staaten außerhalb der Europäischen Union oder des Europäischen Wirtschaftsraumes erfolgt grundsätzlich nicht.

10. Dauer der Speicherung
Personenbezogene Daten werden nur so lange gespeichert, wie dies zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben der Medizinalaufsicht erforderlich ist.

Die Aufbewahrung erfolgt entsprechend:

- den gesetzlichen Aufbewahrungsfristen
- den kommunalen Aktenordnungen
- den archivrechtlichen Vorschriften.

Nach Ablauf der jeweiligen Aufbewahrungsfrist werden die Daten gelöscht oder dem zuständigen Archiv übergeben.

11. Rechte der betroffenen Personen
Nach der DSGVO stehen Ihnen verschiedene Rechte zu. Sie haben das Recht auf:

- Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten (Art. 15 DSGVO)
- Berichtigung unrichtiger Daten (Art. 16 DSGVO)
- Löschung personenbezogener Daten (Art. 17 DSGVO)
- Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)

- Widerspruch gegen die Verarbeitung (Art. 21 DSGVO)
- Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO), soweit die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen.

Zur Ausübung Ihrer Rechte wenden Sie sich bitte an:
E-Mail: datenschutz@dessau-rosslau.de
Telefon: 0340 204-1709

12. Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde
Wenn Sie der Auffassung sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten gegen datenschutzrechtliche Vorschriften verstößt, haben Sie das Recht, sich bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde zu beschweren.

Die zuständige Aufsichtsbehörde ist:

Die Landesbeauftragte für den Datenschutz Sachsen-Anhalt
Otto-von-Guericke Straße 34a, 39104 Magdeburg
Telefon: +49 391/81803-0
E-Mail: poststelle@lfd.sachsen-anhalt.de
Webseite: www.datenschutz.sachsen-anhalt.de

13. Widerrufsrecht bei Einwilligung
Soweit die Verarbeitung personenbezogener Daten auf einer Einwilligung beruht, können Sie diese jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen.
Die Rechtmäßigkeit der bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung bleibt hiervon unberührt.

14. Pflicht zur Bereitstellung von Daten
Die Bereitstellung personenbezogener Daten kann für die Durchführung von Verwaltungsverfahren oder Aufsichtsmaßnahmen erforderlich sein.
Werden erforderliche Daten nicht bereitgestellt, kann dies dazu führen, dass ein Verfahren nicht oder nur eingeschränkt durchgeführt werden kann.